

## Ungünstiger Stand der Fürstenvorlage.

Die Mitte bleibt spröde. — Alle sozialdemokratischen Anträge bis jetzt abgelehnt.

Der Rechtsausschuss des Reichstages begann heute die Spezialberatung des Fürstengesetzes. Es fiel auf, daß die Deutschnationalen den Abgeordneten Everling jetzt durch den Abgeordneten v. Lindener-Wildau ersetzt haben.

Genosse Rosenfeld richtet die Anfrage an die Regierung, ob sie noch auf dem Standpunkt stehe, daß der Gesetzentwurf verfassungsändernd sei oder ob die Pressenachrichten richtig seien, nach denen die Regierung jetzt einen anderen Standpunkt einnehmen wolle. Es sei nicht vertrauensverweckend gewesen, aus den Zeitungen erfahren zu müssen, daß man mit der Frage spiele, ob etwas verfassungsändernd sei oder nicht. Die Regierung müsse schleunigst Klarheit schaffen.

Reichskanzler Marx erwiderte darauf, daß die Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß das Gesetz eine Verfassungsänderung bedeute.

Bei der Beratung des § 1 wurde zunächst die Bestimmung, durch die ein besonderes Gericht eingesetzt werden soll, vom gesamten Ausschuss einschließlich der Kommunisten angenommen. Zur Frage der Zusammenfassung des Gerichts begründete Genosse Rosenfeld den sozialdemokratischen Antrag, daß die Mitglieder des Gerichts vom Reichstag zu wählen seien, daß nicht nur Richter, sondern auch andere Juristen und zur Hälfte Laien im Gerichtshof sitzen sollen.

Demgegenüber vertrat Abg. Barth von den Deutschnationalen den Antrag, daß nur Mitglieder höchster Gerichte in dem Gerichtshof sitzen sollen.

Bei der Abstimmung wurden sowohl die sozialdemokratischen wie die deutschnationalen Anträge abgelehnt. Bei der Abstimmung über die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge enthielten sich die Kommunisten der Abstimmung.

§ 1 der Regierungsvorlage wurde mit 11 Stimmen der Regierungsparteien gegen die drei kommunistischen Stimmen bei Stimmenthaltung der 13 Deutschnationalen und Sozialdemokraten angenommen.

Zum § 2 des Gesetzes beantragen die Sozialdemokraten, daß das Eingreifen des Gerichts unabhängig sein müsse von Anträgen der Regierungen oder der Fürsten. Genosse Rosenfeld hob hervor, daß das Gericht, wenn sein Eingreifen von einem Antrage abhängig gemacht werde, möglicherweise überhaupt niemals praktische Bedeutung haben würde. (Zuruf des Abgeordneten Kahl: „Dann hat es keinen Zweck erfüllt!“) Genossen Rosenfeld (fortfahrend): Dieser Zuruf beweist am besten die Nichtigkeit unserer Einwendung. Wenn aber zutrifft, daß das Gesetz unter Umständen gar keine praktische Bedeutung erlangt, so hat es keinen Wert, ein solches Gesetz zu machen.

Vorsitzender Kahl erklärt, daß er nur gemeint habe, nach Annahme des Gesetzes würden die Fürsten Vergleiche abschließen und dadurch allerdings das Gericht überflüssig machen, das Gesetz sei aber deshalb noch nicht bedeutungslos. Abg. v. Richterhofen (Dem.): Wenn durch das Gesetz erreicht werde, daß ohne Eingreifen des Gerichts die Fürstfamilien sich endlich bequemen, dem Lande günstige Vergleiche anzubieten, dann sei das mit Freuden zu begrüßen.

Genosse Landsberg: Die Annahme unseres Antrages würde die Vergleichsbereitschaft der Fürsten noch größer machen. Wenn also die Demokraten konsequent sein wollten, müßten sie für unseren Antrag stimmen.

Abg. Bell (S.): Nach den sozialdemokratischen Anträgen würde ein Vergleich ausgeschlossen sein. (Zuruf der Sez.: Nein!)

Genosse Rosenfeld: Auch nach unseren Anträgen könnte vor Gericht ein Vergleich abgeschlossen werden. Es sei aber zu befürchten, daß nur in Preußen und höchstens noch in Thüringen, dort aber auch nur wegen Sachsen-Koburg-Gotha, das Gesetz eine praktische Bedeutung erlangt; ein solches Gesetz könne ganz und gar nicht befriedigen. Vergleiche seien auch vor dem Reichsgericht nach den sozialdemokratischen Anträgen durchaus möglich.

Abg. Wunderlich (D. Sp.): Wenn die sozialdemokratischen Anträge angenommen werden, dann müsse das Gericht die Verhältnisse in zwanzig Ländern prüfen. Das sei aber überflüssig, wenn die Landesregierungen und die Fürsten darüber einig seien. Abg. Neubauer (Komm.) erklärt, daß er die Ausführungen des Genossen Rosenfeld nur unterstreichen könne.

Bei der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Auch die Kommunisten enthalten sich der Abstimmung, obwohl der Abg. Neubauer vorher für unseren Antrag gesprochen hat. § 2 der Regierungsvorlage wird mit den 12 Stimmen der Regierungsparteien gegen die 3 Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der 13 Deutschnationalen und Sozialdemokraten angenommen.

Genosse Landsberg begründet den sozialdemokratischen Antrag, nach welchem bei schon stattgefundener Auseinandersetzung eine Nachprüfung auf Antrag einer Landesregierung erfolgen kann.

Er führt aus: Dadurch, daß ein Gesetz mit Richtlinien geschaffen wird, die vom bürgerlichen Recht sich entfernten, werde zum Ausdruck gebracht, daß die Auseinandersetzungen nach dem ordentlichen Recht nicht stattfinden könnten, wenn das Ergebnis mit der Moral im Einklang stehen soll. Die abgeschlossenen Auseinandersetzungen seien unter der Herrschaft des bürgerlichen Rechts zustande ge-

kommen, das die Regierungsparteien nicht für die geeignete Grundlage für die Auseinandersetzungen hielten. Es müsse daher den Ländern Gelegenheit gegeben werden, eine Nachprüfung zu veranlassen darüber, ob die früheren Auseinandersetzungen mit den jetzt aufgestellten Rechtsgrundsätzen übereinstimmen.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

§ 3 der Regierungsvorlage wird mit derselben Mehrheit wie die §§ 1 und 2 angenommen.

Zu § 4 liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der eine Schädigung des thüringischen Landes durch den Auseinandersetzungsvertrag des Landes Koburg mit dem Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha verhindern will.

Genossin Pfälz begründet diesen Antrag mit der Notwendigkeit, die allgemeinen Interessen des Volkes zur Geltung zu bringen. Abg. Neubauer verlangt Berücksichtigung der thüringischen Interessen.

Der Vertreter der thüringischen Regierung, Geandter Münzel, spricht sich für den sozialdemokratischen Antrag aus.

Abg. Wunderlich bekämpft diesen Antrag, indem er erklärt, es könnte nur in Frage kommen, daß Gotha das, was dem Koburger Herzog früher zugesprochen wurde und jetzt in Bayern liegt, für Thüringen fordere. Das dürfe nicht geschehen. Der bayerische Vertreter Dr. Quard erklärt sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird die Regierungsvorlage zum erstenmal mit Zustimmung der Deutschnationalen angenommen.

Bei der Beratung des § 5, der die Rechtsgrundsätze aufstellt, nach denen die Unterscheidung zwischen Staatseigentum und Privateigentum getroffen werden soll, beantragen die Deutschnationalen eine Abschwächung der Bestimmungen, die Vermutungen zugunsten des Staatseigentums aufstellen, während die Sozialdemokraten die Vermutungen für das Vorliegen von Staatseigentum erweitern wollen. Nach kurzer Begründung dieser Anträge durch Abg. von Lindener für die Deutschnationalen und durch den Genossen Rosenfeld erklärte Reichskanzler Marx:

Für die Frage, ob etwas Privat- oder Staatseigentum sei, müsse die Erwerbsart entscheidend sein. Wenn durch Kabinettsorder ein Vermögensobjekt an das Fürstenhaus gekommen sei, dann werde zu untersuchen sein, aus welchen Mitteln das Geld genommen worden sei. Wenn es aus dem Staatsvermögen stamme, müsse das Erworbene Staatseigentum sein, andernfalls Privateigentum. Der

sozialdemokratische Antrag, der an den Gesetzen einer konstituierenden Volksvertretung rütteln wolle, sei unannehmbar.

Bei der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge ebenso wie die deutschnationalen abgelehnt.

Der § 5 der Regierungsvorlage wird von den Vertretern der Regierungsparteien gegen die Kommunisten und Deutschnationalen angenommen.

Zu § 6 der Regierungsvorlage beantragen die Sozialdemokraten, daß früher ergangene Urteile des Reichsfürstengericht nicht binden sollen. Genosse Rosenfeld begründet diese Anträge, indem er darauf hinweist, daß es ganz besonders unmöglich sei, die Urteile aus der Zeit der Monarchie auch weiterhin als unbedingt maßgeblich anzusehen, dagegen die Urteile nach der Revolution unter Umständen aufheben zu lassen. Er weist darauf hin, daß nach der Regierungsvorlage jenes berühmte Urteil des Obertribunals vom 28. Juni 1862 bestehen bliebe, welches auf einem Urteil des Geheimen Justizrats beruhe und von heute geradezu unmöglichen Gesichtspunkten ausgehe. In dem Urteil werde davon gesprochen, daß auch ein berühmter Rechtslehrer wie Suarez nicht unsehbar sei und daß Erklärungen einer Kurfürstin besonders maßgebend seien, weil sie sehr intelligent gewesen sei. Das Urteil beruhe auf alten Hausgesetzen, allem Lehnrecht, auf Kabinettsordern und lechtwilligen Verfügungen der Fürsten. Letzten Endes gründe sich das Urteil auf eine hohenzollernsche Erbfolgeordnung vom 19. Mai 1385. Wie solle das ganze Gesetz beurteilt werden, wenn es solche veralteten Urteile unbedingt aufrechterhalte.

Genosse Landsberg fügte hinzu: Man könne zur Not noch begreifen, wenn überhaupt vor rechtskräftigen Urteilen haltgemacht werde. Wenn man aber frühere Urteile überhaupt aufrechterhalten wolle, dann könne man nicht gerade die Urteile nach der Revolution für aufhebbar erklären. Jenes Urteil, das Dr. Rosenfeld erwähnt habe, habe außerdem den Widerspruch der preussischen Finanzminister herausgefordert. Es sei in erster Instanz von dem berechtigten Geheimen Justizrat erlassen worden, der, entgegen dem Gesetz, seine gar nicht gegebene Zuständigkeit angenommen habe. Gerade dieses Urteil könne unmöglich aufrechterhalten bleiben. Abg. Brodau (Dem.) und Abg. Wunderlich (D. Sp.) erklärten sich für die Regierungsvorlage.

Bei der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Das Ergebnis der Beratungen der ersten sechs Paragraphen der Regierungsvorlagen ist also, daß sämtliche sozialdemokratischen Verbesserungsanträge abgelehnt wurden und daß die Regierungsvorlage mit Zustimmung der Regierungsparteien bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten — nur für einen Paragraphen stimmten die Deutschnationalen — angenommen wurde.

## Briand und Caillaux.

Vollkommen neue Orientierung.

Paris, 23. Juni. (WIB.) — Havas berichtet, daß im Verlaufe der um 10 Uhr 30 Minuten fortgesetzten Konferenz eine Einigung mit Poincaré und Doumer nicht erzielt wurde. Briand hat sich ins Elisee begeben, um den Präsidenten der Republik hierüber zu verständigen. Inzwischen hat sich Justizminister Laval zu Caillaux begeben, der im Außenministerium erwartet wird. Briand wird ihm das Finanzministerium nunmehr offiziell anbieten. Im Falle sich diese Nachricht bestätigt, wäre mit einer vollkommen neuen Orientierung hinsichtlich der Zusammensetzung des zukünftigen Ministeriums zu rechnen.

### Briands Schwierigkeiten.

Auch Caillaux verlangt Vollmachten.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett Briand ist noch immer nicht konstituiert und der gestrige Tag läßt in keiner Form die Lösung der Krise voraussehen.

Es kann unter diesen Umständen also kaum etwas anderes als eine rein provisorische Lösung der Finanzkrise unter dem neuen Ministerium Briand erwartet werden, selbst wenn Briand im Laufe des heutigen Vormittags noch irgendein Ministerium auf die Beine bringt, oder er in Ermangelung eines anderen Kandidaten selbst gezwungen wäre, das so gefährdete Finanz-Portefeuille zu übernehmen. In diesem Falle würde das Portefeuille des Auswärtigen entweder Herriot oder Barthou übertragen werden.

Eine andere Möglichkeit könnte auch noch ins Auge gefaßt werden: Briand hat gestern lange Besprechungen mit Caillaux gehabt. Man weiß nicht, mit welcher Antwort, ob mit einer vernehmenden oder mit einer zusagehenden, Caillaux gestern nach 12 Uhr nachts nach der letzten langen Besprechung mit Briand

den Qual d'Orsay verließ. Für den Fall, daß Caillaux zugefagt habe und das Finanz-Portefeuille übernehmen würde, steht es jedoch außer Zweifel, daß er Bedingungen gestellt hat, die für Briand schwer annehmbar sind. Caillaux hat nie verhehlt, daß er nur mit beinahe unbegrenzten Vollmachten ausgestattet das Finanzministerium übernehmen werde, ja, daß er sogar an keinem Ministerium sich beteiligen werde, in dem er nicht zugleich die Ministerpräsidentenschaft in Händen habe, da es ihm nur so möglich sei, sein Ministerium homogen zu gestalten. Heute vormittag wird Caillaux noch einmal im Qual d'Orsay erwartet. Aus dieser letzten Aussprache wird das zehnte Ministerium Briand hervorgehen oder nicht. Für den Fall, daß es Briand nicht gelingen sollte, die Widerstände Caillaux' zu überwinden, so ist man ziemlich davon überzeugt, daß er unter diesen Umständen den erhaltenen Auftrag der Kabinettsbildung in die Hände Doumergues zurücklegen, und daß er in diesem Falle selbst beantragen werde, Caillaux mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

### Die Elsässer Autonomiebewegung.

Paris, 23. Juni. (WIB.) Wie der Straßburger Berichterstatler des „Temps“ meldet, greift die Zerlegung innerhalb der Parteien infolge des Manifestes des Heimatbundes weiter. Die radikale Vereinigung des Departements Niederrhein, die lehnt ihre nationalen Flügel abgestoßen, habe sich nunmehr gegen die extremistischen Bestrebungen des Heimatbundes, aber auch gegen jede Verfolgungspolitik ausgesprochen. Sie verlange eine Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der lebenswichtigen Interessen des Elsass und den nationalen Interessen Frankreichs, sowie eine örtliche Verwaltung, die jedoch das Elsass nicht, wie der Heimatbund verlange, isoliere. Eine ähnliche Zerlegung zeige sich innerhalb der katholischen Volksvereinigung durch den Austritt verschiedener Persönlichkeiten.



## Reaktionärer Terror.

**Nütigung gegen Wahlberechtigte. — Werden die Behörden einschreiten?**

Man schreibt uns aus Fürstentum Wald (Spre):

Gegen den Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher Schulz von Heinersdorf in Heinersdorf im Kreis Lubus hat der Regierungspräsident in Frankfurt a. d. O. wegen seines vom „Vorwärts“ gebrandmarkten Verhaltens beim Volksbegehren (er hatte im Amtsstellen eine Bekanntmachung ausgehängt, worin es u. a. hieß, daß jeder anständige Deutsche die Eintragung ablehne) ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsenthebung von seinen Ehrenämtern eingeleitet. Beim Volksentscheid hat Herr Schulz eine andere Methode eingeschlagen; er hat unter Beidrückung des Amtsstellers allen Bewohnern des Gutsbezirks, die natürlich wirtschaftlich von ihm abhängig sind, geschrieben, daß sie sich des Diebstahls schuldig machten, wenn sie zur Abstimmung gingen. Die Wirkung ist nicht ausgeblieben.

Der Graf Fintz von Finkenstein in Alt-Maritz im Kreise Lubus schrieb seinen Gutshörigen kurz und bündig, daß jeder, der zur Abstimmung gehe, am nächsten Tage entlassen werde. Infolgedessen sind in Wilmersdorf, wo ein Vorwerk des Grafen liegt, nur 5 Bewohner zur Abstimmung gegangen, während sich beim Volksbegehren 36 hatten eintragen lassen.

Aus Eisenach schreibt man uns:

Die Wahlkämpfe sind geschlossen und in erster Linie durch den unerhörten Terror der Gegner verlaufen worden. Hierzu möchte auch ich Ihnen einen Beitrag übermitteln: Auch in Eisenach haben entsprechend der berühmten Bekanntmachungen vor den Wahllokale Stahlhelmposten gestanden und manchen Wähler zur Umkehr gebracht. Den Gipfel der Bergeshöhe leistete sich aber zweifellos der „Landgraf von Hessen“ im benachbarten Herleshausen (Werra). Der Förster des Landgrafen eröffnete vor einigen Tagen dem Schafmeister, er solle dafür sorgen, daß seine Söhne nicht zum Volksentscheid gehen, da er sonst seine Arbeitsstelle verliere. Das gleiche stellte man den Arbeitern des Landgrafen in Aussicht. Einer der Betroffenen erklärte unter Zeugen, sie hätten sich zwar zum Volksbegehren eingezeichnet, aber unter diesen Umständen könne keiner von ihnen am 20. Juni zur Wahl gehen. Das Ganze nennt sich dann noch freie geheime Wahl.

## Der Volksentscheid in Baden.

**Erfolg trotz der Gegenwirkung des Zentrums.**

Aus Karlsruhe schreibt man uns:

Mit 154 Proz. der sozialistisch-kommunistischen Stimmen stand Baden beim Volksbegehren an der Spitze aller deutschen Wahlbezirke. Am verflochtenen Sonntag wurden 548 203 Ja-Stimmen und 23 758 Nein-Stimmen abgegeben. Das Volksbegehren wies 500 238 Stimmen auf. Man erhoffte zwar mehr Ja-Stimmen, allein der prozentuale Anteil gegenüber den Wahlberechtigten wurde doch von 34 Proz. beim Volksbegehren auf 38 Proz. beim Volksentscheid erhöht; das ist immerhin ein Erfolg bei einem Reichsdurchschnitt von 36 Prozent.

Beim Volksentscheid setzte eine starke Agitation der Zentrumsprelle ein, während sie sich beim Volksbegehren ganz uninteressiert verhielt. Dadurch sank zum Beispiel der völlig katholische Bezirk Buchen von 7518 beim Volksbegehren auf 4864 beim Volksentscheid, der Bezirk Weinsheim von 9815 auf 8159, der Bezirk Heberlingen von 8835 auf 7922 usw. Im ganzen haben 11 Amtsbezirke eine Abnahme, dagegen 29 Bezirke eine (zum Teil erhebliche) Zunahme zu verzeichnen. Von den Städten stieg Karlsruhe von 29 448 auf 40 949, Mannheim von 79 546 auf 91 629, Heidelberg von 17 194 auf 30 130. Die gegnerische Agitation konnte hier weniger Schaden anrichten, obwohl u. a. der deutschnationalen Abg. Moritz Spahn in Karlsruhe das Thema behandelte: „Der Volksentscheid ist Revolution!“

## Ein indischer Heiland.

Von Henni Lehmann.

Die Zeit neigt zum Wunderglauben. Das ist immer so gewesen nach großen Erschütterungen, welche die Seelen der Völker aufgewühlt haben. Nach der Zeit des ersten Napoleon hatte die Krüdenerei mit allerlei Heilslehren besonders in den Höfen größte Anhängerzahl gefunden. Gegenwärtig bilden sich Sekten, werden Prophezeien der Zukunft laut, will man wieder einmal Menschengeschichte aus der Stellung der Sterne lesen. Ich selbst habe neulich folgendes Sonderbare erlebt. Es klingelt an meiner Tür, ich öffne, ein junges Mädchen steht davor und sagt: „Ich habe Ihnen eine frohe Botschaft zu bringen.“ Als ich erstaunt nach dieser Botschaft frage, sagt sie: „Unser Herr Jesus wird nächstens auf die Erde kommen.“ Sie fragt, ob ich Interesse hierfür hätte, dann solle ich mich dem Kreise erster Bibelforscher anschließen. — Nun, interessant wäre es mir schon, wenn Jesus heut wieder käme, denn ich würde nicht ungenutzte, wie er vorgehen würde gegen Völkerverhöhnung und Verhöhnung gegen Pharisäer, die in den Tempeln, die seinen Namen tragen, predigen, gegen Uebermacht des Geldes und andere schöne Dinge mehr, die seiner Lehre zuwiderlaufen. Aber zu den ersten Bibelforschern bin ich doch nicht gegangen, und das wird man begreifen.

Das Neueste ist, daß jetzt ein indischer Heiland auftaucht, Krishnamurti, ein junger Hindu, den Mrs. Besant, die Führerin der theosophischen Bewegung, herausgebracht hat. Er hat selbst vor wenig Tagen einer Zusammenkunft der theosophischen Gesellschaft in London beigewohnt — den alten hebräischen Christus könnte man sich schwer in solcher Umgebung vorstellen —, und dort hat man seine Sendung diskutiert. Man ist darüber verschiedener Meinung in den theosophischen Vereinigungen. Die kanadische Abteilung z. B. glaubt nicht daran, anderswo, in Australien, Südamerika streitet man darüber, und das erste, das dieser neue Christus geschaffen hat, scheint also Hader und Uneinigkeit zu sein. Mrs. Besant proklamiert Krishnamurti als den „Lehrer der Welt“. Ihre Gegner sagen, daß die Gründung einer neuen Religion durch einen neuen Heiland für die Theosophen unmöglich ist, da eine neue Religion die vorhandenen bekämpfen müsse, die Theosophie aber allen Religionen freundlich gegenüber sei. Krishnamurti selbst ist, wie englische Blätter berichten, von Jugend an für diese Rolle des Weltheilands erzogen worden. Gegenwärtig lebt er — er soll übrigens ein sehr hübscher junger Mann sein — ganz zurückgezogen in Wimbleton in England, aber das wird sich voraussichtlich bald ändern, denn er hat einen sehr reichen schottischen Anhänger gefunden, der ihn und der durch ihn entsandten Bewegung ein Haus in Schottland zur Verfügung stellen will, in dem er selbst mit zwölf Jüngern leben soll.

Auch diese Form der Nachahmung dessen, was die Bibel vom Christus berichtet, ist nicht neu, denn der heilige Franz von Assisi

Baden hat zudem auch die Landtagswahl vom 25. Oktober 1925 hinter sich, die eine sehr schwache Wahlbeteiligung aufwies. Die Sozialdemokratie brachte es dabei auf 160 498 Stimmen, die Kommunistische Partei auf 47 343, also zusammen auf 207 841 Stimmen. Wenn beim Volksentscheid am Sonntag aber 548 203 Ja-Stimmen gezählt werden konnten, so darf dieses Hinzuwachsen von rund 340 000 Stimmen beim Volksentscheid aus den Reihen der bürgerlichen Parteien sicher als ein erheblicher Erfolg für uns gebucht werden. Baden steht von den anderen süddeutschen Ländern zweifellos an der Spitze der jagenden Stimmen. Dies ist umso beachtenswerter, als in Baden die Abfindung des Großherzogs durch das Gesetz vom 25. März 1919 vollständig erledigt ist. Einem vor einem Jahre gestellten Antrag seines Betreters auf eine 75prozentige Aufwertung ist von der badischen Regierung keine Folge gegeben worden.

## Zentrumsprovisorium.

**Die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden veragt.**

Von demokratischer Seite war dieser Tage gemeldet worden, daß der Zentrumsabg. Essel als Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstags in Aussicht genommen sei. Die „Germania“ teilt jetzt mit, daß die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden bis zum Herbst veragt worden ist und die Abgeordneten von Guérard und Stegerwald gebeten wurden, vorläufig die Leitung der Fraktion beizubehalten.

## Gibt es eine Unabhängigkeit der Richter?

**Die Befugnisse der Justizverwaltung.**

In der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses gab der Vorsitzende das Schreiben des früheren preussischen Staatssekretärs Rüge bekannt, das sich auf die Verletzung von Richtern bezog. Genosse Rosenfeld hatte früher behauptet, daß Verletzungen der Regierung mißliebiger gewordener Richter immer schon erfolgt seien, insbesondere auch nach der Revolution. Hierzu verwies Rüge auf eine Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 22. November 1918, nach welcher Klassen- und Blutrichter aus der Justizpflege entfernt werden sollten, und auf eine Verfügung des damaligen Justizministers Rosenfeld vom 28. November 1918, wonach es im Interesse der Strafverfolgung liege, daß sie nicht durch Mißtrauen gegen einzelne Richter vergrößert würde, und daß Verletzungen unbeliebter Richter erfolgen sollten. Staatssekretär Rüge gab zu, daß solche Verletzungen nach der Revolution geschehen seien. Allerdings nur, um Einnischung von Arbeiter- und Soldatenräten in die Rechtspflege zu verhindern.

Genosse Rosenfeld erklärte darauf, daß diese Mitteilungen seine Behauptungen durchaus bestätigten. Es wäre besser für die Rechtspflege, wenn seine frühere justizministerielle Verfügung auch heute noch Beachtung fände. Vor dem Kriege seien die Richter, welche Maximilian Harden zweimal freigesprochen hätten, sofort verlegt worden, ebenso zwei Kammergerichtsräte, die preussische Polizeiverordnungen für ungültig erklärt hätten, ferner ein Vollstreckungsrichter, der es gewagt habe, Vermögenswerte des russischen Staates zu beschlagnahmen. In den letzten Jahren sei der Amtsgerichtsrat Scholz nicht weniger als viermal verlegt worden, weil er sich bei den monarchistischen Richtern mißliebiger gemacht, einmal weil er ausgesprochen habe, daß die freie Ehe nicht unbedingt unethisch sei. Genosse Rosenfeld fragte, welche gesetzlichen Bestimmungen eigentlich gelten und meinte schließlich, daß es eine Farce sei, von Unabhängigkeit der Richter zu reden, das tue man immer nur dann, wenn auf Verlangen der Republikaner ein monarchistischer Richter entfernt werden solle. Ministerialrat v. Karren erklärte für die preussische Justizverwaltung, daß aus den Akten des Justizministeriums Verletzungen nicht ersichtlich seien. (Zuruf des Genossen Rosenfeld: So etwas wird telephonisch gemacht. — Helterkeit.) Fest stünde allerdings, daß ein Richter, der Harden freigesprochen habe, und auch die erwähnten Kammergerichtsräte verlegt worden seien. Ebenso auch in den letzten Jahren Amtsgerichtsrat Scholz. Das sei Sache des Landgerichtspräsidenten und die Justizverwaltung könne sich nicht in die Präzedenzfälle der Landgerichte einmischen. Das Ausführungsgesetz zum preussischen Gerichtsverfassungsgesetz gebe die gesetzlichen Grundlagen. Genosse Rosenfeld konstatiert, daß seine Behauptungen durchaus Bestätigung gefunden hätten, und er meint, daß man endlich aufhören sollte, die Unabhängigkeit der Richter vorzuführen, wenn zu scharfe Richter verlegt werden sollen.

der im 13. Jahrhundert sein eigenes Leben ganz nach dem Muster der christlichen Uebersieferung gestalten wollte, hatte gleichfalls zuerst zwölf Brüder um sich geschart, die gleich ihm hinausgingen, das Evangelium zu bringen. Diese neue Religion des Krishnamurti soll dann als Vereinigung den Namen tragen: „Stern des Ostens“, also auch hier sich an den Bericht der Evangelien anlehnd. Ob nun die ersten Bibelforscher, die mir das baldige Kommen des Jesus verkündigten, auch in Krishnamurti den erwarteten Heiland erblinden werden, muß abgewartet werden. Wenn nicht, so wäre den Messiasglaubigen zu raten, daß sie untersuchen, ob vielleicht Christus in doppelter Gestalt auf die Erde kommt. So sehr es nötig wäre, daß der Welt einmal wieder gezeigt würde, was Nächstenliebe und Gerechtigkeit ist, würde doch ein einziger diese Aufgabe gar nicht lösen können, auch wenn er ein wirklicher und echter Heiland wäre. Kann Krishnamurti die Welt wirklich besser machen, den Bedrückten Recht schaffen, die Herzen milde machen und verführen, den Haß aus der Welt verbannen, dann will ich an ihn glauben. — Bis dahin zweifle ich.

„Meine Cousine aus Warschau“ (in den Kammerspielen) ist natürlich Maria Drska. Sie plant in die Bekanntheit des spießbürgerlichen Dreiecks, das Louis Verneuil mit mehr Behagen als Witz ausstattet, als ein Explosivkörper. Wie ein erotischer Vogel, der sein stimmendes Gefieder ausbreitet, wie eine farbenprächtige Katze, die aufschreit und dann verflucht. Sie macht im tollen Wirbel aus dem Dreieck ein Fünfeck, satiniert, erobert, spielt mit allen. Aber am Ende steht sie wieder allein; alles tangiert sich nach allgemeiner Weise. Der junge Waser kehrt zu seiner Hausfreundin zurück. Der Ehetrottel freilich, der auf ärztlichen Anraten Romane schreibt (weil es das Hirn nicht anstrengt), gibt unter ihrer Suggestion auf neue Abenteuer. Der Wandervogel (man könnte auch von einer „emigen Jüdin“ sprechen) muß weiter fliegen. Sehr fein und rührend singt die Drska ihr melancholisches Abschiedslied, und man erbeut, daß das blühende Wesen, das mich prägte und manchmal pallenbergrerte, auch Gefühl hat. Die beiden Hübiane von Männern (Hubert Meyer und Ferdinand Aler) und das hübsche Frauchen (Hilde Hildebrandt) hielten ihr die Kerzen.

Der Regenommer. Der kaltenbarische Sommer hat Dienstag mit reichlichem Feuerwerk von Witz und Donner seinen Einzug gehalten, nachdem sich der Frühling tags zuvor auf die gleiche Weise verabschiedet hatte. Die unmittelbare vorangehende Erwärmung blieb infolgedessen besonders in ganz Norddeutschland eine Erscheinung, die ebenso rasch vorüberging, wie sie sich eingestellt hatte. In Süd- und Westdeutschland waren immerhin wieder einmal 25 Grad Wärme am Montag erreicht oder etwas überschritten worden; im nördlichen Mitteleuropa stieg das Quecksilber Dienstag bis 24 Grad Celsius, worauf eine große Zahl kurz aufeinander folgender Gewitter mit zum Teil wieder starken Regengüssen die Temperatur auf 17 bis 18 Grad Wärme herabdrückte. Diese Gewitter wurden von den Randwirbeln eines Tiefdruckgebiets ausgelöst, das von der Nordsee durch Skandinavien in der Richtung nach dem Weissen Meer wandert. Infolge der nördlicheren Verlagerung der Tiefdruckrinne hat sich von

## Die Börse schwankt.

**Unsichere innerpolitische Lage. — Zurückhaltung der Spekulation.**

Die Tendenz der Börse war heute uneinheitlich. Die Spekulation hielt sich angesichts der unsicheren innerpolitischen Lage unter Mitnahme der Gewinne vom Geschäft zurück. Erst im weiteren Verlauf der Börse trat wieder etwas Interesse hervor. Bevorzugt waren Elektro- und Schiffahrtswerte. Letztere im Zusammenhang mit der Reise Cunos nach Amerika und im Hinblick auf die bekannten Zusammenschlußbestrebungen und Verhandlungen mit Südamerika. Von Spezialwerten waren besonders beachtet Daimler, Deutsche Bank. Das Geschäft am Fordeinmarkt war wesentlich kleiner als am Vortage. Die Frankfurter Börse eine Kleinigkeit fester. Geldmarkt leicht.

## Vorstoß der Habsburgfreunde.

**Für Aufhebung der Vermögensbeschlagnahme.**

Wien, 23. Juni. (WZ) Wie die Blätter erfahren, hat sich die Konservative Volkspartei unter Berufung auf das Ergebnis des Volksentscheides in Deutschland an die hiesige Großdeutsche Volkspartei mit dem Ersuchen gewandt, ihrerseits in Oesterreich für die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der Habsburger einzutreten, weil die Gründe, welche die Deutsche Volkspartei gegen die Entlegung in Deutschland geltend gemacht hat, auch für die Großdeutsche Volkspartei hinsichtlich der Aufhebung der Beschlagnahme in Oesterreich Geltung haben müßten.

Wie eine hiesige Korrespondenz berichtet, wird sich die Großdeutsche Volkspartei mit der an sie gestellten Forderung, für die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der habsburgischen Fürsten einzutreten, befassen. Großdeutsche Politiker erklären aber, ohne den Beschlüssen der Parteileitung vorgreifen zu wollen, daß die Sachlage in Oesterreich eine ganz andere sei als in Deutschland. (1)

## Zuerst die Kriegsoffer, dann die Fürsten.

Wien, 22. Juni. (WZ) Heute fand eine Sitzung der Exekutive des Landesverbandes Wien der Kriegsinvaliden statt, die sich u. a. auch mit der Forderung der österreichischen Monarchisten nach Aufhebung der Beschlagnahme des habsburgischen Vermögens befaßte. Es wurde betont, daß an eine Aufhebung der Verfolgungsmaßregeln, durch das die normals habsburgischen Güter, soweit sie nicht Privatgüter waren, den Kriegsbetroffenen zugeworfen wurden, nicht zu denken sei. Die Kriegsoffer Oesterreichs ständen unerbittlich auf dem Standpunkt, daß zuerst die bedauernswerten Opfer dieses entsetzlichen Krieges versorgt werden müßten, ehe man an die Abfindung der Fürsten denken könne. Die Kriegsoffer Oesterreichs wüßten sich in dieser Hinsicht in voller Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Es sei daher nicht anzunehmen, daß die Monarchisten jemals für ihre Forderung die notwendige Zweidrittelmehrheit im österreichischen Parlament finden würden, damit das erwähnte Verfallungsgezet abgeändert werden könne.

## Befahrungsabbau?

Paris, 23. Juni. (WZ) Wie dem „Zeit Journal“ gemeldet wird, wird das zur Befahrungsarmee gehörende 402. Infanterieregiment demnächst endgültig nach Frankreich zurückkehren und wahrscheinlich in Toul und in Metz Garnison beziehen. Weitere Regimenter werden demnächst vom Kriegsminister wieder in die Heimatgarnison eingereicht werden.

## Amerikanischer Alkoholkrieg.

New York, 23. Juni. (WZ) Der Prohibitionsdirektor General Andrews wird am 16. Juli nach London abreisen, um der englischen Regierung vorzuschlagen, daß die Schiffstafungen schon beim Verladen in englischen Häfen nach Schmuggelalkohol untersucht werden. Er beabsichtigt, ähnliche Abkommen auch mit anderen Staaten in die Wege zu leiten.

Südwesten her höherer Luftdruck über das südl. Mitteleuropa ausbreiten können und die Temperatursteigerung hervorgerufen; infolgedessen kann nach dem hinter den Gewittern erfolgten Einbruch von Kaltluft aus Nordwesten diesmal roher mit Aufweitung und Wiedererwärmung gerechnet werden. Trotzdem scheint nach den bisherigen Anzeichen noch keine Gewähr für eine Stabilisierung der Wetterlage gegeben; denn vom Atlantischen Ozean nähern sich weitere Zyklogen, und es muß nach wie vor mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß deren zu erwartende Ausläufer und südl. Randwirbel alsbald von neuem Gewitter und Regenfälle auslösen werden. Die Witterungsaussichten auf weitere Sicht sind somit besonders für das nördliche Mitteleuropa nach wie vor wenig erfreulich, und man wird gut daran tun, sich vorläufig keine zu großen Hoffnungen zu machen.

Wieviel verschiedene Briefmarken gibt es? Ein wie ungeheures weites Reich die Philatelie ist, dürfte nur wenigen Markenliebhabern so recht gegenwärtig sein. Allein die Staaten Europas haben seither insgesamt rund 25 000 verschiedene Briefmarken hervorgebracht, außerdem aber das überseeische Ausland wohl nicht weniger als etwa 40 000, so daß man heute im ganzen die niedliche Reihe von annähernd 65 000 Marken seit der Einführung des Postwertzeichens kennt, wobei allerdings alle Unterschiede in der Färbung, im Wasserzeichen usw. mitgezählt sind. Aber auch wenn man diese nicht berücksichtigt, bleibt doch immer ein hübsches Sammeln übrig, wie z. B. eine der größten Markenmengen der Welt zeigt, diejenige des Berliner Reichspostmuseums, die 36 000 verschiedenartige Briefmarken enthält, ohne die kleinen Jahrgangsbarten, Papierunterschiede usw. zu berücksichtigen. Wenn man annimmt, daß ein Sammler täglich fünf neue Marken erhält — was auf die Dauer schon als ein ziemlich hoher Durchschnitt gelten darf —, so würde es rund 35 Jahre dauern, bis er diese 65 000 Marken beisammen hätte! Die Rechnung ist aber nur theoretisch, denn sehr viele Exemplare würde er überhaupt nicht mehr aufzubringen vermögen.

Ein Erfolg für die Biosektion? Der berühmte indische Forscher, Ein Jagadisa Chandra Bose, erklärte vor einer wissenschaftlichen Gesellschaft in London, daß die von ihm unternommenen Versuche an Pflanzen künstlich die Biosektion und das Experiment am tierischen und menschlichen Körper erübrigen wird. Die biologischen Vorgänge im Entwicklungsleben eines Kindes seien völlig identisch mit dem des pflanzlichen Lebens und die Wirkung der chemischen Zusammensetzungen auf Pflanzen hätte genau denselben Wert auf das Leben des Menschen. Es wäre nur notwendig, eine genaue Methode der pflanzlichen Untersuchungen derart aufzustellen, daß sie automatisch auf tierische und menschliche Experimente verwendet werden kann.

Die internationale Schowpleierlegung wurde heute im Deutschen Bühnenklub durch eine Begrüßungsansprache des Staatsbühnenintendanten Seiner eröffnet. Darauf ergriff Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort zu einer längeren Ansprache.

Internationales Musikfest 1927 Frankfurt a. M. Die in Zürich tagende Delegiertenversammlung der Internationalen Gesellschaft für neue Musik hat beschlossen, die bereits im vorigen Jahre an die Verammlung gerichtete Einladung, das Internationale Musikfest 1927 in Frankfurt a. M. abzuhalten, anzunehmen.



## Hugenberg, Claß und Comp.

Geschildert von einem, der sie kennt.

Der vielgewandte und vielgewandte Karl Reichsgraf von Bothmer, der in den letzten Jahren in der bayerischen Rechtsbewegung eine Rolle gespielt hat, neuerdings aber wieder mehr nach der Mitte gerückt ist, gibt jetzt ein Münchener Mittagsblatt „Die Wirklichkeit“ heraus, dessen erste Nummer sich u. a. mit dem Fall Claß-Hugenberg beschäftigt. Graf Bothmer schildert die beiden Männer so:

Beide Männer, Claß wie Hugenberg, betreiben praktische Klassenpolitik. Der erstere sozusagen weltanschaulich aus innerer Überzeugung, der letztere als nüchternen Rechner. Phantast ist nur Claß, darum ist ihm auch Hugenberg überlegen und der Gefährlichere von beiden.

Beide Männer gehen auf eine Diktatur aus, und zwar die der brachialen Gewalt; Hugenberg mehr nüchtern, buchhalterisch, parvenühaft, bei Claß fehlen nicht aristokratische und symbolische Velleitungsstücke; letzten Endes aber ist es bei beiden eine Diktatur der wirtschaftlichen Macht über Volkstum und Staatsapparat, der Amerikanismus auf den deutschen Polizeistaat übertragen, das Menschentum in seiner physischen und geistigen Kraft als Rohmaterial wie ein Bergwerksunternehmen betrieben. Wer im Erwerbsleben nicht souverän in Preisbildung und Preisregulierung ist, vom Gesellschaftsdirektor einer Veredelungsindustrie bis zum letzten Lohnarbeiter, vom Universitätsprofessor bis zum freien Schriftsteller, der in der Gehaltsordnung ja noch hinter dem letzten Reporter rangiert, alles das hat den Kadavergehorsam des Hungers zu leisten.

Beide Männer sind nicht Führer der deutschen Rechten, sie sind mehr ihre Machthaber. Die Klaviatur ihres Dregelwerkes ist die umfangreichste, die man sich denken kann.

### Wilhelm II. und seine Leute.

In der Claß-Affäre hat bekanntlich auch der Fürst Salm-Horstmar eine Rolle gespielt. Das gibt dem Grafen Bothmer Gelegenheit, folgende Erinnerungen auszukramen:

Als ich kürzlich den Brief des Herrn Justizrat Heinrich Claß an das Haus Doorn las, in dem er den Fürsten zu Salm-Horstmar als Verbindungsmann für seine monarchistischen Restaurationspläne empfahl, mußte ich herzlich lachen. Ich erinnere mich an einen Abend des Frühsummers 1916 im Hotel Habsburger Hof in Berlin. Dort hatten sich zu meinem Abschied eine Anzahl Männer zusammengefunden, u. a. Prinz Karl zu Löwenstein, v. Bode Ischwingh, v. Schläger, der eben verstorbenen Konrad v. Wangenheim, Wolfgang Kapp und besagter Fürst Salm-Horstmar. Wir sprachen über dies und das und kamen dabei auch auf die Person Kaiser Wilhelms II. zu reden. Konrad Wangenheim erzählte zunächst von seiner ersten und fast einzigen Audienz, die er als Führer des am kaiserlichen Hoflager ursprünglich suspekten Bundes der Landwirte so um die Mitte der Vier Jahre hatte, er sagte ungefähr wörtlich:

„Der Eindruck von dieser ersten und für mich maßgebend geliebten Begegnung mit dem Kaiser war geradezu nieder-schmetternd; mein Urteil lautete, dieser Mann richtet Deutschland zugrunde.“

Dann kam Herr v. Schläger und erzählte von einer Parade der Bonner Husaren, bei der der damalige Reichskanzler Fürst Bülow dem Kaiser die Hand küßte, um sich so für seine à-la-suite-Stellung bei den Bonner Husaren zu bedanken. Schläger selbst war, als er nach dem Vorbeimarsch seiner Schwadron den Kaiser angappte, um sich für einen Bismarck zu bedanken, Augenzeuge dieser eigenartigen Szene und sagte, er hätte am liebsten auf der Hinterhand kehrt gemacht. Dann berichtete der alte Bode Ischwingh über eine Hofsagde im Potsdamer Revier, an der er als junger Forstreferendar teilnehmen durfte. Nach dem Halali nahmen vor dem Frühstück die Gäste Aufstellung, rechter Flügelmann der Landwirtschaftsminister von Schorlemer-Nesler, linker Flügelmann Bode Ischwingh. Der Kaiser kam, schritt die rekrutenmäßig aufgestellte Front seiner Jagdgäste ab, ließ jedem mit dem Keilstock auf die Brust und der so „huldvoll Angesprochene“ mußte dann über seinen Jagderfolg rapportieren. Dem guten Bode Ischwingh wurde es bei dieser Szene, die er mit „Augen rechts“ beobachten konnte, derart zweierlei zu Mute, daß er nicht wartete, bis die Reihe an ihm kam, sondern stadtartig in den Wald lief, um sich an diesem Tage nicht mehr sehen zu lassen. Hierauf erzählte Salm ein Erlebnis, das er erst vor wenigen Wochen im Hauptquartier Ost hatte, bei einem Essen, das er als Delegierter des Roten Kreuzes mitmachte.

Die Gäste mußten im Gänsemarsch den Ehrenraum betreten, der Kaiser stand an der Tür und klopfte jedem mit der Reitpeitsche auf die Fochseln des Rückgrats.

Da Salm, ob im Hinblick auf seine Ebenbürtigkeit, weiß ich nicht, sich dies nicht gefallen lassen wollte, suchte er sich eine andere Eingangspforte. Die kritischen Bemerkungen, mit denen die Tafelrunde die Wiedergabe dieser persönlichen Eindrücke verband und sie zu einem Charakterbild Wilhelms II. verflocht, waren für mich, den nativen Süddeutschen, niederschmetternd und unvergesslich.

Graf Bothmer will nach alledem nicht glauben, daß es Claß mit seiner Begeisterung für die Hohenzollern ernst sei. Er meint, auch dies sei nur eine Karte in einem intriganten Spiel.

## Steigende Not.

### 4000 Krupparbeiter vor der Entlassung.

Essen, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Direktorium der Firma Friedrich Krupp A.-G., Essen, teilt mit, daß es sich genötigt sehe, wegen der zunehmenden schlechten wirtschaftlichen Lage bis zum 1. November d. J. weitere 3000 bis 4000 Arbeiter zu entlassen. Das macht für die ganze Belegschaft rund 30 Proz. aus. Für diesen Abbau werden in der Hauptsache die mechanischen Betriebe in Frage kommen. Die Kündigungen werden ab 1. Juli erfolgen.

## Nächtliche Tumulte im Prager Senat.

Auch die Deutschnationalen gegen die Protzölle!

Prag, 23. Juni. (WTB.) Der Senat hielt gestern von 3,35 Uhr nachmittags bis 2,20 Uhr früh eine Sitzung ab, in welcher nach wiederholten Tumulten die Zollvorlage in erster und zweiter Lesung mit 74 Stimmen der Koalition, darunter der Christlichsozialen, der deutschen Agrarier und der deutschen Gewerbetriebe gegen 55 Stimmen der tschechoslowakischen Sozialisten, der tschechoslowakischen Sozialdemokraten, der deutschen Sozialdemokraten sowie der Kommunisten und der Deutschnationalen angenommen wurde. Sämtliche Abänderungsanträge wurden mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt.

## Revolvergeschüsse auf einen Redner.

Wildwestmethoden der Spandauer Halenkreuzerwähne.

Zu schweren Ausschreitungen, die durch das äußerst provozierende Auftreten von Halenkreuzern hervorgerufen wurden, kam es gestern Abend anlässlich einer Versammlung im Restaurant „Wartthalle“ in der Bicheldorfer Straße zu Spandau. In dem großen Lokal fand eine deutsch-nationale Versammlung statt, in der es recht lebhaft zing. Um 11 Uhr Abends sprach ein linksgerichteter Politiker. Plötzlich zog ein abseits stehender junger Mann, der zu der Hitler-Gruppe gehörte, einen Revolver und schoß mehrmals auf den Redner, der leicht am Arm verletzt wurde. Die Versammlung wurde sofort aufgehoben, aber inzwischen hatten sich vor dem Lokal Hunderte von Spandauer Arbeitern angeammelt, die eine äußerst erregte Haltung den Versammlungsteilnehmern gegenüber einnahmen. Von einem Augenzeugen wird hierüber folgendes berichtet:

Die Hitler-Versammlung hatte infolge ihres aufreizenden Themas eine größere Menschenansammlung vor dem Versammlungslokal in der Bicheldorfer Straße zur Folge. Verschiedene Trupps von Halenkreuzern durchstreiften außerhalb des Lokals die umliegenden Straßen, wobei sie vom Publikum angeulkt wurden. Plötzlich fielen als Antwort zwei Schüsse aus einem der Trupps, wodurch die Erregung der Menschenmassen noch mehr gesteigert wurde. Der Revolver wurde gefasst und der in seinem Besitz befindliche Revolver mit 23 Kugeln Patronen abgenommen und der Polizeiwache in der Zimmerstraße abgeliefert. Inzwischen waren die Ansammlungen so stark geworden, daß sie die umliegenden Straßen füllten. Nach Schluß der Versammlung kam es wieder zu Kämpfen, wobei den Halenkreuzern abermals verschiedene Waffen abgenommen wurden. Bei den Zusammenstößen hat es mehrere Verletzte gegeben, unter anderem wurde auch eine 62jährige Frau von einem Polizeibeamten auf dem Bürgersteig umgeritten und hierbei erheblich verletzt.

Die Polizei gibt ihrerseits nachstehende Darstellung: Gestern Abend kam es nach einer Halenkreuzeransammlung in Spandau zu Zusammenstößen zwischen Rechts- und Linksradikalen. Der herbeigerufenen Polizei gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Ein starkes Polizeiaufgebot begleitete dann die in einem geschlossenen Zuge abmarschierenden Halenkreuzer bis zum Spandauer Bod. Sieben Personen wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Im Verlauf des Abends kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu weiteren Schlägereien, bei denen eine Person verletzt wurde und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

### Der revolverbewehrte Halenkreuzer.

Zu unserer in Nr. 284 (am Sonnabendmorgen) gebrachten Mitteilung über einen Zusammenstoß zwischen Halenkreuzern und Reichsbannermitgliedern, der sich am Freitag Abend auf dem Beile-Alliance-Platz ereignete, schied uns der darin erwähnte Herr Herbert Barteis eine Gegenäußerung. Er erklärt, es sei unklar, daß er irgendeine Person mit der Waffe bedroht habe, und festgenommen habe die Polizei ihn nur wegen Ausfalls. Herr Barteis vergißt, sich auch darüber zu äußern, ob er bei dem Zusammenstoß überhaupt einen Revolver gezogen hat. Daß ihm auf der Polizeiwache sein Revolver einbehalten wurde, wird er nicht bestritten können. Zum Schluß bemerkt er noch, daß er keiner politischen Vereinigung oder Partei angehöre. Herr Herbert Barteis wohnt, wie auf der Polizei festgestellt wurde, im Hause Rittenwalder Str. 8 bei den Eternen. In demselben Hause wohnt der deutsch-nationale Stadtverordnete Arbeitersekretär Johann Barteis. Sollte die Parteizugehörigkeit von Barteis senior wirklich nicht auf Barteis junior abgeklärt haben?

## Jollys Schokoladenstangen.

Leere hängern, ohne zu leiden.

Wie wir gestern mitteilten, ist der sogenannte „Hungertüftler“ Jolly auf den Antrag einer eidestätlichen Versicherung eines Gehilfen von der Kriminalpolizei festgenommen worden und der Staatsanwaltschaft in Moabit übergeben worden. Die Angaben in dieser eidestätlichen Versicherung wurden gestern noch einmal genau nachgeprüft, und es wurden verschiedene Umstände ermittelt, die die Bekundung des Gehilfen als durchaus möglich erscheinen lassen. Die Beamten der Inspektion D. ermittelten ein Konfitürengeschäft, in dem der Gehilfe des Hungertüftlers während der Dauer der Schaustellung täglich zwei Tafeln gute Schokolade kaufte. Die Uebermittlung der Süßigkeit an den Hungertüftler geschah auf folgende Weise: Nachdem der Gehilfe die Tafeln zu Hause geschmolzen und zu kleinen Kugeln gefornt hatte, schob er sie durch die eine fingerstarke Öffnung der Glaswand, durch die die Rabioteitung führte. Wohlweislich paßte er immer einen Augenblick ab, in dem der Käfig unbeachtet war. Durch diese Ermittlungen gewinnt seine Anzeige noch an Wahrscheinlichkeit, da er sich selbst dadurch der Beihilfe zum Betrage beschuldigt. Das Gerücht, das im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen von einer zweiten Verhaftung wissen wollte, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist wohl dadurch entstanden, daß vor einigen Wochen ein anderer Gehilfe „Jollys“ festgenommen wurde, weil ihn verschiedene Staatsanwaltschaften suchten.

### Der Tod der Charlotte Teichmann.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung des Todes der Charlotte Teichmann sind noch nicht weiter fortgeschritten. Nach Aussage der Angehörigen legte das junge Mädchen viel Wert auf gute Kleidung und sparte darum das Jahrgeld. Nur so findet man auch eine Erklärung dafür, daß sie allabendlich einen sehr weiten Weg nahm, durch die Windmühlstraße, über den Sophie-Charlotte-Platz durch die Bismarckstraße, die Wilmersdorfer Straße, über die Schlossbrücke, die Kaiserin-Augusta-Straße entlang, über den Gustav-Adolf-Platz und schließlich durch die Replerstraße, um nach Hause zu kommen. Weiter wurde festgestellt, daß sie am Dienstag Abend eine Aktentasche bei sich hatte, in der sie ihre Handtasche und eine selbstgefeigte Bluse verwahrte. Auch diese Sachen sind noch nirgends aufgetaucht. Auffallend ist außerdem, daß die Fundstelle der Leiche oberhalb ihrer erteilten Beauftragung liegt. Man nimmt an, daß der Wagen, der sie überfuhr, die Leiche ein Stück Weges mitführte. Wie mitgeteilt wurde, schrieb Fräulein Teichmann am Abend einen Brief. Da dieser Brief nirgends angekommen ist, so vermutet man, daß er sich ebenfalls noch in der Aktentasche befand. Zur Aufklärung der Todesursache ist es unbedingt notwendig, daß sich alle Personen, die sich entsinnen können, in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch vergangener Woche in den genannten Straßen ein junges Mädchen in grünem Mantel und braunem Hut gesehen zu haben, bei den Kommissaren Bünger und Riebling im Zimmer 89 im Polizeipräsidium zu melden.

### 540000 Radioteilnehmer im Sendebereich Berlin-Stettin

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist im Mai um 25 677 gestiegen, so daß am 31. Mai im Deutschen Reich 1 262 748 Rundfunkhörer vorhanden waren. Die Reichshauptstadt bezog der Sendebereich Berlin-Stettin markiert wieder an der Spitze mit 7442 Neuanmeldungen. Die Gesamtzahl der Hörer des Berliner Senders beläuft sich damit auf 540 022. Die Korog (Hamburg-Bremen-Hannover-Niel) hat jetzt 165 478, Leipzig-Dresden 181 428 Teilnehmer.

### Das Logis im Bierkeller.

Unsere Mitteilungen über die fragwürdige und gesundheitsgefährliche Schlafgelegenheit zweier weiblicher Hausangestellter des Gastmirtis F. in der Bergmannstraße ergänzen wir durch das

Folgende: Nach Aussage des Arbeitgebers hätte dieser den Mädchen freigestellt, gegen Vergütung des Jahrgeldes abends um 7 Uhr nach Hause zu gehen und morgens wiederzukommen, was die Mädchen abgelehnt haben sollen. Das strittige „Boudoir“, das sich jetzt peinlich sauber und mit Teppichen belegt dem Beschauer präsentiert, wird von dem anderen Mädchen, das sich nach Angabe wohl darin fühlt, noch wie vor weiterbewohnt. Wo kein Käser ist, ist eben kein Käser. Jedenfalls schadet es keineswegs, wenn man öfters daran erinnert, daß auch Hausangestellte Anspruch auf hygienisches Wohnen stellen dürfen.

## Die Vergiftungsepidemie in Kallberge. Weitere Ausdehnungen durch Übertragungen.

Die Vergiftungsepidemie in Kallberge, die, wie berichtet, über hundert Personen ergriffen, hat heute eine neue Ausdehnung erfahren, und zugleich ist der Verdacht entstanden, daß es sich hier nicht um eine Fleischvergiftung im landläufigen Sinne des Wortes handeln kann, sondern daß durch das Fleisch ein Vergiftungserreger in den Ort eingeführt ist, der nun von Haus zu Haus durch den Verkehr der Einwohner übertragen wird.

Die Zahl der Rassenkrankungen in Kallberge hat heute bereits an 125 erreicht. Die bisherigen Erkrankungen waren lediglich auf den Genuß von rohem Schabefleisch zurückzuführen. In dem Befinden der erkrankten Personen ist bisher keine Verschlechterung eingetreten. Im Laufe des gestrigen Abends wurden jedoch zwei neue Krankheitsfälle bekannt, die auf Übertragung bzw. Infektion zurückzuführen sind. Bei den Infizierten handelt es sich um den Rostschlächter Langner und ein Fräulein Weger aus Kallberge. Sie wurden sofort einer eingehenden ärztlichen Untersuchung unterzogen. Auch auf die anderen Krankheitsfälle wird schärfstes Augenmerk gerichtet und alle angeordneten Maßnahmen, um ein Ausbreiten des Seuchenherdes zu verhindern, werden auf ihre Befolgung genau überwacht.

Die Untersuchungen über die Herkunft des Fleisches haben jetzt ergeben, daß die Kuhleute in Berlin in der Fleischgroßhalle gekauft worden ist. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei konnte nur festgestellt werden, daß das Fleisch aus Schönfließ eingeführt worden ist, doch gibt es in Deutschland mehrere Ortschaften dieses Namens, und es bedarf erst der weiteren Untersuchung, welche Ortschaften in Frage kommen. Vermutlich handelt es sich um das Dorf Schönfließ an der Liebenwalder Bahn, da von dort aus viel Fleisch nach Berlin eingeführt wird. Der Berliner Stadtmittelsrat wird vermutlich noch im Laufe des heutigen Tages Verge entsenden, die bakteriologische Untersuchungen anstellen sollen. Die Gemeinde selbst will jetzt Karantänen errichten, um alle Kranken zu isolieren und so zu verhindern, daß die bisher noch nicht geklärte Krankheit weitergeschleppt wird.

### Nichts für Sie!

Das kleine Drei-Gänge-Restaurant im Zentrum ist zur Mittagszeit gut besucht. Man bleibt nicht lange, man ißt schnell und geht dann wieder. Der Inhaber des Restaurants sitzt mit seiner Familie an dem Tisch dicht am Büffet. Er ißt jetzt auch zu Mittag, allerdings reichlicher als die anderen Gäste, aber dieselben Speisen. Das Fräulein am Büffet reißt den Kellnern das Kompott auf. Man gibt heute als dritten Gang Preiselbeeren. Sie sehen sauber und appetitlich aus. Auch der Wirt kommt ans Büffet und will sich Kompott auflegen lassen. Das Fräulein gibt ihm einen kleinen Löffel voll. Der Wirt lacht darüber und sieht das Fräulein vorwurfsvoll an, diese Küstler ihm aber höflich zu: „Das ist heute nichts für Sie, die Preiselbeeren sind nicht gut.“ Der Wirt entfernt sich und läßt sich etwas anderes geben. Die Gäste aber essen ihre Preiselbeeren.

### Vergrößerung des Deutschlandsenders.

Der Deutschlandsender in Königsmusterhausen, der bisher auf Wellenlänge 1300 Meter mit einer Energie von etwa 20 Kilowatt sendete, soll auf eine Leistung von 100 Kilowatt vergrößert werden. Es ist beabsichtigt, ihn auf ein eigenes Gelände in Zeelen bei Königsmusterhausen zu verlegen, wo zwei Antennenmasten von je 200 Meter Höhe noch im Baue dieses Jahres errichtet werden sollen. — Die Deutsche Reichspost plant die Errichtung eines Rundfunksenders auf kurzen Wellen; mit dem Einbau dieses neuen Senders ist bereits begonnen worden, so daß der Betrieb demnächst ausgenommen werden dürfte. Dieser Kurzwellensender soll auf der Wellenlänge von 20 Meter arbeiten.

### Polikalische Belehrung der Fernsprechtisnehmer.

Demnächst werden die Selbstanschlüßhämter Pichterfelde, Treitendach und Spandau eröffnet. Die Oberpostdirektion beabsichtigt, die Teilnehmer mit der Bedienung ihrer Apparate sowie mit der Bedienung dieser Fernsprechanlagen vertraut zu machen. Sie wird zu diesem Zweck Vorträge und Vorführungen veranstalten und zwar in Pichterfelde im Realgymnasium (Traschke-Café Weddingweg) am 26., 28. und 30. Juni, in Spandau im Rheinweg (Kassanierweg 173/174) am 25. Juni und am 2. Juli. Beginn der Vorträge um 8 Uhr abends.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 7 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die dritte Lesung des Stadthaushaltplanes.

Wegen schlechten Geschäftsganges vergiftete sich heute vormittag der etwa 50jährige Metallwarenfabrikant Kurt Müller, Hollmannstr. 32, mit Gas. Man fand ihn in seinen Kontorräumen tot auf.

Die Georgische Kolonie zu Berlin und die Berliner Gruppe der Georgischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei veranstalten am 25. d. M. um 5 Uhr nachmittags in den Residenzfestsälen, Landberger Straße 31, eine Trauerfeier zu Ehren des am 11. d. M. in Paris verstorbenen Präsidenten der Georgischen Konstituierenden Versammlung Nicolaus Tschwidze.

Schwerer Zugzusammenstoß in der Isechokoladenfabrik. Gestern mittag stieß infolge falscher Weichenstellung bei St. Martin ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 27 Personen verletzt. Getötet wurde niemand.

## Sport.

### Die Olympiabahn-Kennen abermals verregnet.

Die Revanche zum Goldenen Rebe von Berlin auf der Olympiabahnrennbahn mußte am Dienstag abends nochmals wegen der schlechten Witterung abgefragt werden. Mit der gleichen Belegung, wie am Sonntag, gelangen nunmehr die Rennen am heutigen Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr, zum Austrag.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft für Silberne Ruhr. Am Sonntag, abends 8 Uhr, treffen wir uns am Bahnhof Jungfernberke.

106. Mt. Johannisthal: Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am Donnerstag, den 24. Juni, geschlossen an der Kassenau-Gebäudefeier. Beginn abends 7 1/2 Uhr am Bahnhof Nierbachstraße.

Stetsbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

110. Mt. Schwan: Unser Genosse Paul Schwan ist am Sonntag, den 20. Juni verstorben. Einsegnung am Donnerstag, den 24. Juni, mittags 1 1/2 Uhr im Krematorium Baumhainweg. Wir bitten um rege Beteiligung.



# Verbrecherisch elende Arbeitseinkommen.

## Die Notlage der kurzarbeitenden Metallarbeiterinnen.

Es gibt in der Metallindustrie Arbeiterinnen, die schon seit über vier Monaten nur an drei Tagen in der Woche arbeiten und während dieser Zeit nie mehr als neun Mark in der Woche ausgezahlt erhielten. Dazu bekamen sie bis jetzt Kurzarbeiterunterstützung, und zwar achtmal 1,62 M., mithin insgesamt 12,96 M. Ihr Einkommen wurde dadurch um durchschnittlich drei Mark monatlich erhöht.

Wenn man bedenkt, daß alleinstehende Mädchen für ein bescheidenes möbliertes Zimmer monatlich 18 M. und darüber bezahlen müssen, so verleiht ihnen nach Abzug des Jahrgeldes zur Arbeitsstelle ein Betrag von

3 Mark 50 Pfennigen bis 4 Mark wöchentlich

für Kleidung und Nahrung. Hier steht man vor einem Rätsel. Wie war es möglich, daß diese Arbeiterinnen bis jetzt noch immer zur Arbeit erschienen und noch nicht verhungert sind? Hungerkünstlerinnen aus Not.

An den drei Arbeitstagen wird natürlich angestrengteste und aufreibendste Arbeit verlangt. Ein Heer von Aufpassern und Kontrollanten sorgt dafür, daß die Arbeiterinnen auch nicht eine Minute ausfallen können, andernfalls sich der Verdienst in vielen Fällen noch um eine Mark niedriger stellt. Wochenverdienste von fünf und sechs Mark sind keine Seltenheit.

Geradezu glücklich wären diese Kurzarbeiterinnen, wenn sie wegen Arbeitsmangel entlassen würden, weil sie dann Jahrgeld und sonstige Ausgaben ersparten und ihnen als Arbeitslose 10,70 M. in der Woche zum Leben blieben.

Förderten sie aber selber ihre Entlassung dann bedeutete dies für sie, daß sie 4 bis 6 Wochen lang überhaupt keinen Pfennig bekämen, weil in diesem Falle die Erwerbslosenunterstützung gesperrt würde. Es ist also einfach unmöglich für sie, aus dem Joch der Kurzarbeit

herauszukommen, das für sie unweigerlich zum Siechtum führen muß. Solange an Vollarbeit für sie nicht zu denken ist, solange mühte die Kurzarbeiterunterstützung reichlicher bemessen werden. Geradezu erstaunlich ist, mit welcher Lammesgeduld die alleinstehenden Kurzarbeiterinnen ihr heldenhaftes Märtyrertum ertragen. Ein Wunder, daß sie nicht auf Abwege geraten.

Wo wäre der Richter, der solche Frauen verurteilt, wenn sie irgendwie entgleisten?

Die Wirtschaftsführer aber, die über „verbrecherisch hohe Löhne“ der Ungelernten in der Berliner Metallindustrie zu räsonnieren wagen, die Geld in Hülle und Fülle zur Unterstützung aller volksfeindlichen Bestrebungen haben, die kümmern sich den Teufel darum, was aus den Kurzarbeiterinnen in ihren Betrieben wird. Auch die „öffentliche Meinung“ kümmert sich um diese unerträglichen Zustände nicht oder sie läßt sich damit vertrösten, daß Eltern oder Verwandte schon helfend eingreifen würden, was wohl häufig geschehen mag, vielfach aber unmöglich ist, weil auch die Eltern oder Geschwister meist kaum das Notwendigste zum Lebensunterhalt haben. Für alleinstehende Kurzarbeiterinnen aber — und den Kurzarbeitern geht es nicht viel besser — ist jede Beihilfe ausgeschlossen.

Das ganze Kurzarbeiterystem ist auf die Dauer unhaltbar, weil unstillbar. Entweder wird den beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ein Sphärentausch geboten, das zur Fristung ihrer Existenz ausreicht, oder aber die Kurzarbeiter, die ein gewisses Existenzminimum nicht mehr erzielen können, werden aus ihrem Zwangs-Arbeitsverhältnis entlassen, so daß sie die Erwerbslosenunterstützung beziehen können. Dem autoritären Schlemmertum aber, das nach Lohnabbau schreit, muß immer wieder der Spiegel vors Gesicht gehalten werden.

## Verbandstag der Buchdrucker.

### Die heutige Vormittagsitzung.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Verbandstages gab zunächst der zweite Vorsitzende, Genosse Krauß, die Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu den Anträgen bekannt, in denen durch Satzungsänderungen eine Beschränkung der Delegiertenzahl zum Verbandstage sowie die Forcierung des Industrieverbandes für das graphische Gewerbe gefordert werden. Er behandelte besonders eingehend

### die Frage der Schaffung des Industrieverbandes.

gegen den der Verbandsvorstand im Prinzip sich nicht wende. Die Auffassung des gesamten Verbandsvorstandes gehe jedoch dahin, daß bei der Eigenart des gesamten graphischen Gewerbes, vom rein praktischen Standpunkt aus gesehen, die Schaffung eines einzigen Industrieverbandes zurzeit nicht zweckdienlich sei. Sie würde sogar eine Schwächung der Schlagkraft der Berufsorganisation bedeuten.

Alle Diskussionsredner, die heute zum Worte kamen, besprachen hauptsächlich diese wichtige Frage. Die meisten Redner aber teilten die Auffassung des Vorstandes, daß man in dieser so sehr bedeutungsvollen Frage noch keine Zwangsbeschlüsse fassen solle, sondern die Dinge mit der Entwicklung in den nächsten Jahren erst ausreifen lassen solle.

### Zweiter Verhandlungstag. Nachmittagsitzung.

Söldner-München gab den Bericht der Mandatsprüfungskommission und empfahl dem Verbandstag, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. Ein Protest gegen die Wahlen in Berlin veranlaßte die Mandatsprüfungskommission, auszusprechen, daß bei künftigen Wahlen auch in Berlin solche Unliebhamkeiten vermieden werden möchten. Gegen eine Stimme wird demgemäß beschlossen.

In Fortsetzung der Debatte zum Geschäftsbericht wird von allen Rednern die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt und zum Ausdruck gebracht, daß heute das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Verbandsvorstand ein weit erträglicheres sei als in früheren Jahren. Auch der gute Wille des Verbandsvorstandes zu agitatorischem Wirken wird anerkannt. Statt der immer wieder den Buchdruckern nachgerühmten Rührtheit in der Beurteilung aller Fragen wünscht ein Redner doch

### etwas mehr Schwung und Lebendigkeit

entfaltet zu sehen, weil wir dessen nicht entbehren könnten, sowohl um als Vorbild für unsere Jugend zu dienen als auch zur Erfüllung der geschichtlichen Aufgaben, die der Arbeiterschaft gestellt sind. Ein Schlußantrag macht der Debatte zum Geschäftsbericht, an der sich 18 Redner beteiligt hatten, ein Ende.

Kollege Seib erklärt in seinem Schlusswort, daß er sich der lebhaften und durchaus sachlichen Aussprache freue, daß aber allen Wünschen gegenüber gesagt werden müsse, daß ihre Verwirklichung weniger von dem guten Willen einzelner Personen als von den Verhältnissen abhängig sei. Die Kritik an dem tariflichen Erreichten halte er für vollkommen berechtigt und sie entspreche auch der Auffassung des Verbandsvorstandes. Der Tarif enthalte nicht mehr, als wir zu verlangen haben. Wenn aber die darin enthaltenen Rechtspositionen besser ausgenutzt würden, dann kämen wir einen guten Schritt vorwärts. An Schutz gegenüber den Verteidigern tariflicher Rechte habe es der Verbandsvorstand wahrlich nicht fehlen lassen. Wir haben den Achtstundentag im Tarif, und nur an der Kollegenschaft liegt es, im tariflichen und gesetzlichen Sinne zu handeln. Der Widerstand gegen den Maternaustausch sei gegen die technische Entwicklung. Auswüchse seien mit Unterstützung des Zeitungsverlegervereins bekämpft worden. Gegenüber jeder Kritik an Verbandshaus müsse betont werden, daß wir heute wahrscheinlich weder den Bau noch das Geld hätten, wenn wir statt der guten Konjunktur eine wirtschaftlich schlechtere Zeit gehabt und das Geld für Arbeitslosenunterstützung hätten ausgeben müssen. Wir haben

einen Musterbetrieb des Gewerbes

geschaffen und damit den Willen nach kulturellem Fortschritt praktisch bewiesen. So werden wir auch in Zukunft weiter arbeiten. — Nachdem Kollege Schweinik noch einige Ausführungen über lasser-technische Fragen gegeben hat, wird gegen eine Stimme beschlossen:

### „Der 13. Verbandstag billigt die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und spricht ihm das Vertrauen aus.“

Eine kurze Debatte entspann sich noch über einen Antrag, der vom Verbandsvorstand fordert, die Sondergewerbesteuer anlässlich unseres Jubiläums auch auf die Ausgesteuerten und Nichtbezugsberechtigten auszudehnen, und zwar für die Ausgesteuerten in der Höhe, in der sie ausgesteuert sind und für die Nichtbezugsberechtigten einheitlich mit 7 Mark. Dieser Antrag wird angenommen. Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung beendet.

## Georg Wandke gestorben.

Einer der stillen Kämpfer für unsere große Menschheitsbewegung, einer, der stets stillbedehnten hinter seine Arbeit zurücktrat, ist von uns gegangen. Genosse Georg Wandke war von frühesten Jugend sowohl im politischen wie auch im gewerkschaftlichen Zweig der Arbeiterbewegung, besonders in der Arbeitervereinsarbeit tätig. Wiederholte Mahnung ließ es ihm geraten scheinen, Posen mit Berlin zu tauschen. Auch in Berlin war er, jetzt besonders in der Gewerkschaftsbewegung der rührigsten einer. Seine Gewerkschaft, der Deutsche Verkehrsbund, wurde auf ihn aufmerksam und holte ihn in ihr Zentralbüro. Seine stille grüblerische Art ließ ihn für die Leitung der statistischen Abteilung der Zentrale geradezu prädestiniert erscheinen. Und auf diesem Posten hat Wandke auch in der Tat hervorragendes geleistet. Richtig einschätzen kann diese Arbeit nur der, der mitten in der Organisationsarbeit steht und dem die Zahlenreihen warnend und ratend sprechen.

Zu früh ist der Genosse Wandke uns entzogen. Kaum 50 Jahre alt, erlöste ihn ein sanfter Tod von schweren Leiden. Seine Genossen und Kollegen werden seiner dauernd gedenken.

## Vom englischen Bergarbeiterstreit.

### Verflechtung des Gewerkschaftsrechts geplant.

London, 23. Juni (T.H.). Lord Birkenhead kündigte gestern in einer Rede vor einer Versammlung des Nationalbundes konservativer Vereinigungen eingehende Änderungen des englischen Gewerkschaftsgesetzes an. Er erklärte, daß folgende Änderungen erforderlich seien: 1. Die Gewerkschaften sollen in Fällen von ungesetzlichen Streiks verantwortlich gemacht werden; 2. Das Recht, Streikposten aufzustellen, soll stark beschränkt werden; 3. Vor Beginn eines jeden Streikes soll unter der Oberleitung der Regierung eine geheime Abstimmung unter den Arbeitern stattfinden; 4. Konföderation und liberale Gewerkschaftsmitglieder sollen gegen die Zahlung zwangsweiser Gewerkschaftsbeiträge „geschützt“ werden. — Die Anwesenden nahmen eine Resolution an, in dem die Abänderung des Gesetzes in dem von Lord Birkenhead umschriebenen Sinne empfohlen wird. — Auch in England wird nicht so heiß gegessen wie die Scharfmacher hoch.

London, 23. Juni (Eigener Drahtbericht). Das Unterhaus behandelte am Dienstag statt des angeordneten Gesetzes über den Siebenstundentag im Bergbau das Reorganisationsgesetz in zweiter Lesung. Dieses Gesetz bezweckt, die kleineren unrentablen Gruben durch die Entscheidung eines Wirtschaftsgerichtes zur Fusion mit größeren Gruben zu zwingen. Es ermöglicht ferner die fakultative Gewinnbeteiligung der Arbeiter und belastet die Inhaber der Kohlenerechtsgruben mit einer Abgabe für Wohlfahrtszwecke. Das Gesetz, das den Siebenstundentag im Bergbau auf 5 Jahre außer Kraft setzen soll, wird am Montag und Dienstag beraten werden.

## SPD-Metallarbeiter!

Aus jedem Betriebe müssen Kollegen am Mittwoch, den 23. Juni 1926, in der Zeit von 4 bis 8 Uhr nach dem Lokal Föhrling, Adlerstraße 1, kommen, um wichtiges Material abzuholen. Kein Betrieb darf fehlen. Parteiausweis und Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Verkehrsbund. Die Sperre über die Victoria-Speicher A. G., Köpenicker Str. 24, ist aufgehoben. Die Firma zahlte bisher nur 90 Pf. pro Stunde und hat sich heute nunmehr bereit erklärt, die mit dem Deutschen Verkehrsbund und dem Arbeitgeberverband der Speicherebetriebe vereinbarten Löhne unterschrittlich anzuerkennen. Demnach beträgt jetzt der Lohn für feste Arbeiter 50 Mark für die 48-Stunden-Woche und für die nichtständigen Arbeiter 1,09 M. pro Stunde. Die Speicherarbeiter in diesem Betriebe haben damit einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

## Wirtschaft

### Erhöhung der Fleischpreise in Sicht?

Im August 1925 sind bekanntlich zunächst mit Wirkung bis 31. Juli 1926 mäßige Zölle für Brottreide und Futtergetreide festgelegt, darunter besonders für Futtergerste mit 1 M. pro 100 Kilogramm, während der Eingangszoll für Braugerste 3 M. pro 100 Kilogramm beträgt. Diese Zölle kommen am 1. August d. J. automatisch in Fortfall, und an ihre Stelle tritt der autonome Zollsatz von 7 M. pro 100 Kilogramm, wenn die Reichsregierung vorher keine anderweitige Entscheidung trifft. Man hört, daß die Reichsregierung nichts zu tun gedenkt. Anscheinend hat sie sich von den östlichen Großagrariern drei Schlagen lassen, welche dabei ein ganz bestimmtes System verfolgen. Zurzeit blüht im Nordwesten Deutschlands, besonders in den Provinzen Oldenburg, Hannover und Schleswig-Holstein, die Schweinezucht, wenn sie auch noch längst nicht den Stand wie vor dem Kriege wieder erreicht hat. Dieser blühenden Schweinezucht ist es in erster Linie zu verdanken, daß die Fleischpreise langsam aber sicher in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Die Blüte der Mast ist aber nur möglich durch billige Zölle auf ausländische Gerste und Mais. Ein Gerstenzoll von 7 M. würde voraussichtlich eine Erhöhung der Fleischpreise um 15 bis 20 Proz., also 15 bis 20 Pf. auf jede Mark mit sich bringen. Die großen Landwirte, besonders im Osten Deutschlands, haben dann Gelegenheit, ihre großen Vorräte an Roggen und Kartoffeln, welche sie nach der letzten Ernte zu billigen Preisen hergeben mußten, zur Schweinezucht zu verwenden und dadurch entsprechend höhere Preise aus ihren Erzeugnissen zu erzielen. Das ist natürlich nur möglich, indem die Fleischpreise gestiegen werden. Heute rentiert sich die Verfütterung von Roggen und Kartoffeln noch nicht. Wie man hört, haben alle Landwirtschaftskammern der Beseitigung des billigen Gerstenzolls zugestimmt, diejenigen im Nordwesten Deutschlands allerdings nur unter der Bedingung, daß eine entsprechende Erhöhung der Fleischzölle bzw. Berringerung der Getreideeinfuhr damit verbunden wird. Also auch da wiederum die Verteuerung des Fleisches für den Verbraucher. Es ist die höchste Zeit, daß die Vertreter der Verbraucher sich gegen solche Absichten rühren, da der Reichstag am 2. Juli in die Ferien geht und dann während der Ferien automatisch die hohen Zollsätze in Kraft treten. Das aber scheint die Regierung zu beabsichtigen.

### Deutsche Anleihen — die besten Anlagepapiere des amerikanischen Marktes.

In einem Bericht über den Bond-Markt (Markt für Industrieobligationen) in New York erklärt die Guaranty Trust Company, daß amerikanische Bondanleihen bei weitem nicht die Sicherheit bieten wie dieses bei den in letzter Zeit in Amerika angebotenen deutschen Industrie- und Kommunalanleihen der Fall ist. Ein amerikanisches Unternehmen, welches einen Kredit gegen Bonds sucht, muß in der Lage sein, nachzuweisen, daß seine Nettoeinnahmen zweimal so hoch sind wie die Zinsen für diese Bonds. Ferner darf die Anleihe 80 Proz. des amtlich festgestellten Wertes bzw. fünfmal die Bruttojahreseinnahmen des Unternehmens nicht übersteigen. Bei den in Amerika aufgelegten deutschen Anleihen dagegen, werden nur 20 Proz. des amtlich festgestellten Wertes beliehen, während die Jahreseinnahmen der deutschen Geldnehmer durchschnittlich 7,5 mal so hoch sind, wie der von ihnen zu leistende Zinsendienst. Aus diesen Tatsachen zieht die Guaranty Trust Company den Schluß, daß deutsche Bonds eine gegenwärtig einzig dastehende Anlagemöglichkeit bieten.

Deutsch-französisches Aufwertungsabkommen. Zwischen der deutschen und französischen Regierung ist — wie das Reichsfinanzministerium mitteilt — ein Abkommen über die Durchführung der deutschen Aufwertungsgeleiße abgeschlossen, das am 4. d. M. in Berlin ratifiziert worden ist. In dem Abkommen wird der Grundsatz der Meistbegünstigung auf dem Gebiete des Aufwertungsrechtes vereinbart. Die französische Regierung gibt den deutschen Staatsangehörigen die bisher auf Grund des Verfallenen Vertrages unter Zwangsverwaltung gestellten deutschen Markanleihen frei; sie empfängt dafür von dem Einlösungsbetrage, den die deutschen Gläubiger dieser Anleihen nach dem deutschen Einlösungsgesetz auf die freigegebenen Anleihen erhalten, soweit die freigegebenen Anleihen Reichsanleihen sind, ein Viertel, soweit sie Länder- oder Gemeindeanleihen sind, die Hälfte. Des weiteren bringt das Abkommen eine Aufwertung der deutschen Reichsangehörigen gehörenden Markanleihen, die elsass-lothringische Gemeinden vor dem Waffenstillstand ausgegeben haben. Ueber die Durchführung des Abkommens wird das Weitere später bekannt gegeben werden. Die Interessenten wollen daher von Anfragen bis auf weiteres absehen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Erwin Saltenow; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kulturelle: A. A. Schärer; Soziale und Sonstige: Fritz Kahlert; Anzeigen: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlags: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**Marken-Zigaretten**  
Große Posten 2-Pf.-Sorten billig.  
Fabelhaft, Blaukopf, Fritzl, ... 23,70  
Moslem 3 Pf. am Lager.  
Dicke Türken, Kl. Bari, ... 22,90  
Juno, ... 28,20  
Steyr Staatsrat 34,00  
Old Port Oberst 35,00  
Walaska, Avide 42,50  
Dieses einige Beispiele unserer Billigkeit.  
**Neuerwerbungen am Lager.**  
**Zigarren**  
woll unter Fabrikspreis.  
**Sommer**  
Neue Schönhauser Str. 4-5, im Laden.  
Genau auf Hausnummer achten.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Voranzeige!**  
Eduard Süsskind  
Wassergasheizung Berlin  
Elektrische Heiz- und Beleuchtungsarbeiten  
Funktions-Bau  
Eduard Süsskind, Brunnenstraße 43  
Beachten Sie meine Angebote

**Adolf Hoffmann**  
**Knorke**  
Schulhumoreske mit Illustrationen von Willi Steinert  
Preis 50 Pf. / Porto 5 Pf.  
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen  
**HUNDE**  
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neben Kriegereinstausch  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**Mieten Sie von uns**  
in 6 Monaten Ihr Eigentum  
Maximale Rendite  
Gartenmöbel, Gardinen, ...  
**P. Raddatz & Co.**  
Berlin W 66  
Leipzigerstraße 122/123

**Gardinen!**  
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe  
Künstler-Gardinen 2,90  
Madras-Gardinen 4,-  
Stores 2,20  
Bettedecken 4,-  
Bettedecken 8,-  
Lager-Gardinenwerkst. Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof  
Kein Laden!  
**Inferieren bringt ERPOLG!**